



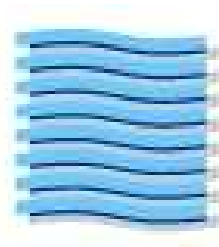
Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

**18. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August bis 1. September 2009 in
Nyborg, Dänemark**

Die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz hat in Nyborg eine Konferenz-Resolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext nebst nichtamtlicher Übersetzung gebe ich hiermit bekannt.

Martin Kayenburg



Entschließung der Konferenz

verabschiedet von der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer*, die gewählten Vertreter der Ostseeanrainerstaaten, die vom 31. August bis 1. September 2009 in Nyborg (Dänemark) zusammentrafen,

die Bereiche "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr", "zivile Sicherheit", "Klimawandel und Energieeffizienz" sowie "Arbeitsmärkte und Soziales" erörternd,

- A. die Bedeutung einer parlamentarischen Dimension und der Beteiligung der Parlamente an den Strategien und Maßnahmen zur Entwicklung der Ostseeregion herausstellend und damit einen Beitrag zu einer breit angelegten Debatte sowie zu Transparenz, Legitimität und Unterstützung der Arbeit leistend;
- B. in Bekräftigung der für beide Seiten gewinnbringenden Kontakte und des Austauschs zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und dem Ostseerat und in Anerkennung der wichtigen Rolle des Ostseerates in Bezug auf die Einleitung und Koordinierung von Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen der Ostseeregion;
- C. erneut ihre Unterstützung für den Ostsee-Aktionsplan der HELCOM als wichtiges Instrument für die Wiederherstellung eines guten ökologischen Zustands der Ostsee bis 2021 bekundend und unter besonderem Hinweis darauf, dass die Regierungen ihrer Verpflichtung zur Umsetzung des Plans gemäß dem vereinbarten Zeitplan nachkommen müssen;
- D. die Erarbeitung und Entwicklung von Strategien und Programmen für die Ostseeregion als wichtige Instrumente für die Prioritätensetzung unterstützend und darüber hinaus die Notwendigkeit der Koordinierung der Strategien mit der Politik der Nördlichen Dimension im Auge behaltend;
- E. nachdrücklich darauf hinweisend, dass die derzeitige Wirtschaftskrise nicht als Vorwand für weniger ehrgeizige umweltpolitische Ziele, die Reduzierung von Umweltressourcen oder das Hinausschieben von Zeitplänen für Umweltprogramme und -projekte dienen darf;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. eine gemeinsame politische Agenda für die Ostseeregion festzulegen und zu verfolgen, z.B. durch Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses in Bezug auf Governance, Führung und Arbeitsteilung zwischen den führenden regionalen und subregionalen Akteuren in der Region und durch die Verbesserung der Koordination untereinander;

2. sich mithilfe energischer und nachhaltiger Maßnahmen für die Erreichung der umweltpolitischen Gesamtziele und die Ziele des HELCOM-Ostsee-Aktionsplans einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Verpflichtung, anlässlich der HELCOM-Ministerkonferenz im Mai 2010 in Moskau nationale Aktionspläne vorzulegen und sie mit der gebotenen Vorsicht umzusetzen, eingehalten wird;
3. für eine enge Verzahnung der kommenden Strategien und Programme für die Ostseeregion mit dem HELCOM-Ostsee-Aktionsplan zu sorgen;
4. mithilfe konkreter Schritte dafür zu sorgen, dass die Strategien und Programme für die Ostseeregion, z.B. die neue so genannte "EU-Strategie für die Ostseeregion", eng mit der Nördlichen Dimension verknüpft und koordiniert wird, um eine Zusammenarbeit zwischen Russland, Island, Norwegen und der EU auf gleicher Grundlage zu gewährleisten und die Interessen der Staaten der Ostseeregion, die nicht Mitglied der EU sind, in den Strategien zu berücksichtigen;
5. die Kapazitäten zur Entwicklung marktfähiger Projekte für die Umsetzung des HELCOM-Ostsee-Aktionsplans zu unterstützen; dies beinhaltet auch die finanzielle Unterstützung des Projektentwicklungsfonds der Nordischen Investitionsbank (NiB) und der Nordischen Umweltfinanzierungsgesellschaft (NEFCO);
6. dafür zu sorgen, dass die Bürger auf dem Laufenden gehalten und in die Planung und Umsetzung von Strategien und Projekten, die sich auf die Entwicklung der Ostseeregion auswirken, einbezogen werden; nichtstaatliche Organisationen spielen als Meinungsbildner und unabhängige Experten eine unschätzbare Rolle, und ihre Standpunkte, Warnungen und Ratschläge sollten ernst genommen werden;
7. die Ursachen und Folgen der derzeitigen Wirtschaftskrise mithilfe konzertierter und solidarischer Maßnahmen zu bewältigen; ein erfolgreicher regionaler Ansatz, der eine gegenseitige Unterstützung beinhaltet, würde darüber hinaus zu einem positiven Image der Ostseeregion und zur Glaubwürdigkeit und Zweckmäßigkeit der regionalen Zusammenarbeit beitragen;

im Hinblick auf die Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr in der Region

8. die aktive Zusammenarbeit im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) in Bezug auf die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Reduzierung der Auswirkungen der Seeschiffahrt in der Ostsee auf die Umwelt zu fördern und anzuerkennen, dass die Regeln und Bestimmungen der IMO die Grundlage für die maritime Entwicklung aller Regionen bilden und die Bestimmungen nach Maßgabe der aktuellen Herausforderungen entwickelt werden sollten;
9. fortlaufende Initiativen, Unterstützungsmaßnahmen und konkrete Maßnahmen im Bereich der Sicherheit im Seeverkehr zu fördern, z.B. durch vermehrten Einsatz von Lotsen auf engen und schwierig zu befahrenden Schifffahrtswegen und stärkere gemeinsame Bereitschaft zur Bekämpfung der illegalen Einleitung von Öl und gefährlichen Stoffen;
10. konkrete Projekte zur Umsetzung der maritimen Raumordnung in der Ostseeregion zu unterstützen und zu fördern und sich dabei für die sektorübergreifende und internationale Koordination der Ressourcen einzusetzen und dadurch die Ostseeregion als Modellregion zu stützen;
11. den Fünf-Punkte-Aktionsplan "Clean Baltic Shipping" ("Saubere Seeschiffahrt in der Ostsee") der BSSSC zu unterstützen, dessen Ziel unter anderem die Reduzierung der

Stickstoff- und Schwefelemissionen in den Häfen durch die Nutzung von Landstromversorgung, die Minimierung der Einleitung von Abwässern aus Schiffen, die Reduzierung der Umweltbelastungen durch die Kreuzschifffahrt, die Förderung eines nachhaltigen Hafenmanagements und die Schaffung von Anreizen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der grünen und sauberen Meerestechnologien ist;

12. die Kennzeichnung des Schwarzen Meeres, des Mittelmeers, des Nordostatlantiks und der Irischen See als Schwefelemissionsüberwachungsgebiete (*Sulphur Emission Control Areas, SECA*) - wie bereits im Falle des Ärmelkanals, der Nordsee und der Ostsee geschehen - zu unterstützen, sofern die Kriterien für diese Kennzeichnung erfüllt sind;

13. die Fortschritte im Hinblick auf die Sicherheit im Seeverkehr und die Überwachung des Schiffsverkehrs zu konsolidieren und weiterzuentwickeln, um zum einen die Überwachung und Lenkung des zunehmenden Seeschiffsverkehrs - vor allem im Zusammenhang mit Gefahrguttransporten und schwierigen Witterungsbedingungen im Winter - und zum anderen die Überwachung der Ostsee zum Schutz der Umwelt und Fischerei und zur Verbrechensbekämpfung zu verbessern;

14. sich dem ostseeweiten Seeraumüberwachungssystem (SUCBAS – *Sea Surveillance Baltic Sea* = Seeraumüberwachung in der Ostsee) anzuschließen und dieses zu unterstützen, um das Situationsbewusstsein hinsichtlich des Zustands des Meeres in der gesamten Ostsee und die Ansätze zur Unterstützung der Sicherheit und Gefahrenabwehr im Seeverkehr, des Schutzes der Umwelt und der Bekämpfung illegaler Aktivitäten im Meeresbereich zu verbessern;

15. einen Beitrag zu den Maßnahmen der Arbeitsgruppe für die Harmonisierung der Ostseeregion in Bezug auf Schiffsverkehrsdienste und Schiffsmeldesysteme zu leisten; die Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, um die Schiffsverkehrsdienste und Schiffsmeldesysteme zu harmonisieren und zu integrieren und dafür zu sorgen, dass alle Systeme die sichere Navigation von Schiffen auf optimierte und einheitliche Weise unterstützen;

16. sich den Initiativen des Überwachungsprojekts für Einhüllentanker und nicht zugelassene Schiffe, die gemeinsam von der HELCOM und der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs zur weiteren Verbesserung der Sicherheit im Seeverkehr und Unterstützung der Hafenstaatskontrollbehörden zwecks Verhinderung des Betriebs von nicht dem Standard entsprechenden Schiffen in der Ostsee entwickelt wurden, anzuschließen und diese zu unterstützen und für einen sicheren und umweltfreundlichen Seeverkehrsbetrieb zu sorgen;

im Hinblick auf die zivile Sicherheit in der Region

17. die Zusammenarbeit und Koordination in Bezug auf die zivile Sicherheit allgemein zu verbessern, um ein gemeinsames und umfassendes Verständnis hinsichtlich der Risiken und Bedrohungen für die Ostseeregion sowie Strategien und Maßnahmen zu deren Bekämpfung zu fördern;

18. die strategische und operative Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und weiteren wichtigen Akteuren zu verstärken, um die gemeinsamen Kapazitäten im Hinblick auf die Feststellung, Überwachung und wirksame Bekämpfung der organisierten grenzüberschreitenden Kriminalität, z.B. des Menschen- und Drogenhandels und illegalen Handels, der Korruption, Geldwäsche, illegalen Einwanderung, illegalen Arbeit, rassistisch motivierten Straftaten usw., zu stärken;

19. die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Menschenhandels zu intensivieren und dabei den Schwerpunkt unter anderem auf Präventivmaßnahmen, Schutz und Hilfe - beispielsweise in Form von Zufluchtsmöglichkeiten - für Opfer und gefährdete Personen

sowie auf Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung der eigentlichen Ursachen des Menschenhandels zu legen;

20. die Daten und Datenerfassung über das Ausmaß der durch den Menschenhandel verursachten Probleme zu verbessern und zu koordinieren, um eine realistische Grundlage für die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems zu schaffen;

21. im Einklang mit den entsprechenden Protokollen und Übereinkommen der Vereinten Nationen und des Europarates, denen sie beigetreten sind, geeignete Gesetze zur Bekämpfung des Menschenhandels, die sich gegen alle Formen der Ausbeutung wenden und Maßnahmen zur Unterstützung der Opfer beinhalten, zu verabschieden, umzusetzen und zu koordinieren;

22. die Zusammenarbeit beim Krisenmanagement und Schutz der Bevölkerung vor natürlichen, technologischen und vom Menschen verursachten Risiken und Notsituationen zu verstärken, z.B. durch die Koordinierung der Planung, Prävention und Ressourcen und Bündelung der vorhandenen Vereinbarungen in einem umfassenden, für die gesamte Region geltenden Rahmen;

23. mithilfe konzertierter Maßnahmen die IT-Sicherheit zu verstärken und dabei die Internetkriminalität zu analysieren, aufzudecken und zu steuern sowie Abwehr- und Schutzmaßnahmen in Bezug auf die Unterbrechung kritischer Infrastruktursysteme zu treffen;

im Hinblick auf den Klimawandel und Energiefragen in der Region

24. sich aktiv für eine neue internationale Klimavereinbarung einzusetzen, die sich mit allen relevanten Risikofaktoren für den Klimawandel je nach ihren Auswirkungen befasst;

25. eine kohärente Energiestrategie für die Ostseeregion zu entwickeln, um die Sicherheit der Energieversorgung zu erhöhen, erneuerbare Energien verstärkt zu nutzen und die Länder besser miteinander zu verknüpfen, z.B. mithilfe von verbundenen Überlandleitungen, die schrittweise zu einem intelligenten Stromnetz zwischen den Ländern und den Offshore-Windparks ausgebaut werden;

26. Aktionspläne für die Verbreitung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sowie für die Gebäudesanierung und den innovativen Wohnungsbau auf den Weg zu bringen, um die Energieeffizienz zu erhöhen und Energie einzusparen;

27. die derzeitige Wirtschaftskrise als Chance zur Förderung des qualitativen Wachstums in der Ostseeregion zu nutzen, z.B. durch die gezielte Bereitstellung von Finanzpaketen, Investitionsplänen und Subventionen sowie internationalen Finanzressourcen für die Erzeugung erneuerbarer Energien, Energieeffizienz-Investitionen, KWK, effiziente Fernwärmesysteme und die Verknüpfung des Stromnetzes;

28. ein gemeinsames regionales Ausbildungsprogramm zur Stärkung der gemeinsamen Kapazitäten bei der Energieplanung zu schaffen, z.B. durch Ausbau des Erfahrungsaustauschs und Förderung bestmöglicher Verfahren unter den Behördenvertretern auf kommunaler und nationaler Ebene;

im Hinblick auf Arbeitsmärkte und Soziales

29. gemäß den politischen Empfehlungen des Abschlussberichts der Arbeitsgruppe für Arbeitsmärkte und Sozialleistungen der Ostseeparlamentarierkonferenz mithilfe

systematischer und koordinierter Maßnahmen die Hindernisse festzustellen, die der Entwicklung grenzüberschreitender Arbeitsmärkte und der Mobilität entgegenstehen, und diese Hindernisse mithilfe praktischer Maßnahmen abzubauen bzw. zu vermeiden;

30. Arbeitsmarkt- und Sozialfragen als vorrangige Aufgabe in der Agenda des Ostseerates zu verankern und dabei die Arbeit und Ergebnisse des Baltic Sea Labour Network (BSLN) zu berücksichtigen;

31. die vorhandenen Informationszentren in der Ostseeregion zu stärken und neue Zentren an Standorten zu gründen, an denen die Zahl der Grenzpendler wächst, aber solche Zentren fehlen; die Informationszentren sollten über die Kapazitäten, die für die Bereitstellung umfassender und offizieller Informationen über soziale Sicherheit und arbeits- und steuerrechtliche Fragen in allen diesseits und jenseits der Grenze gesprochenen Sprachen, gegebenenfalls auch in Minderheitensprachen, erforderlich sind, sowie über ein entsprechendes Mandat verfügen;

32. den regelmäßigen Dialog zwischen Verbänden, die sich für grenzüberschreitende Arbeitnehmer einsetzen, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politikern zu fördern und die Zusammenarbeit in Bezug auf grenzüberschreitende Arbeitsmärkte durch die Einrichtung von Beratungsgremien für Grenzregionen und die Entwicklung von Netzwerken zu verstärken; darüber hinaus sollte ein Erfahrungsaustausch über die Arbeit der Informationszentren in der gesamten Ostseeregion organisiert werden;

33. die Verkehrs- und Logistikkapazitäten in Grenzregionen - vor allem im Hinblick auf den öffentlichen Nahverkehr - zu erhöhen, um grenzüberschreitendes Pendeln und wirtschaftliches Wachstum zu fördern; die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen sollten mit den übergeordneten Zielen der Partnerschaft der Nördlichen Dimension für Transport und Logistik vereinbar sein;

34. konzertierte Maßnahmen im Hinblick auf den Austausch und die Umsetzung bewährter Verfahren für die Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen in der Ostseeregion einzuleiten, darunter Kooperationsprogramme zwischen Schulen, Sozialpartnern, Behörden und der Zivilgesellschaft, und dabei besonderes Augenmerk auf benachteiligte Gruppen zu richten;

35. damit zu beginnen, Schülerinnen und Schülern zwei Jahre vor ihrem Abschluss an einer weiterführenden Schule einen Einblick in die Arbeitswelt zu verschaffen, Vereinbarungen zwischen Regierungen und den Sozialpartnern anzuregen, um für die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen zu sorgen, und zu gewährleisten, dass die Arbeitsvermittlungsbehörden bei Jugendarbeitslosigkeit Integrationspläne sowie spätestens nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit Weiterbildungsmaßnahmen, die Möglichkeit des Erwerbs von Zusatzqualifikationen oder Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze anbieten;

Darüber hinaus

36. bekräftigt die Konferenz ihre Unterstützung des Ostseerates im Hinblick auf seine Wandlung zu einer strafferen und zielgerichteteren Organisation und die Umsetzung der politischen und operativen Prioritäten des Ostseerates und sieht daher der weiteren Zusammenarbeit mit dem Ostseerat mit großem Interesse entgegen;

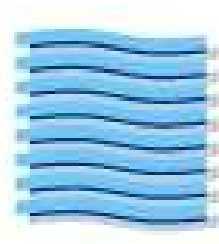
37. stimmt die Konferenz zu, dass - in Bezug auf den Zeitraum 2009-2010 - der Erweiterte Ständige Ausschuss zweimal jährlich und der Ständige Ausschuss zweimal jährlich zusammentreten sollten, wobei der Ständige Ausschuss Beobachtern aus nationalen und regionalen Parlamenten, die nicht im Ständigen Ausschuss vertreten sind, offen stehen sollte;

38. fordert die Konferenz den Ständigen Ausschuss auf, eine Arbeitsgruppe für die integrierte Meerespolitik, die sich vor allem mit den Themen Infrastruktur und Logistik befasst, und eine Arbeitsgruppe für die zivile Sicherheit, die sich vor allem mit dem Menschenhandel befasst, einzurichten und der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz entsprechende Berichte vorzulegen;

41. verabschiedet die Konferenz die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft tritt;

42. nimmt die Konferenz mit Dank die freundliche Einladung der Åland-Inseln zur Ausrichtung der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn zur Kenntnis.

* die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Baltischen Versammlung und des Nordischen Rates.



Conference Resolution

Adopted by the 18th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants*, elected representatives from the Baltic Sea States, assembling in Nyborg, Denmark, 31 August – 1 September 2009,

discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Maritime Safety and Security, Civil Security, Climate Change and Energy Efficiency, and Labour Market and Social Affairs,

- A. emphasizing the significance of a parliamentary dimension and parliamentary involvement in the strategies and efforts to develop the Baltic Sea Region, thereby contributing to a broad debate, transparency, legitimacy and support of the work;
- B. reaffirming the mutually beneficial contacts and exchange between BSPC and CBSS, and recognizing the important role of the CBSS in initiating and coordinating actions against the challenges of the Baltic Sea Region;
- C. reiterating their support to the HELCOM Baltic Sea Action Plan (BSAP) as a central tool for restoring a good environmental status of the Baltic Sea by 2021, and underlining that governments must fulfill their pledges to implement the plan according to its agreed timetable;
- D. supporting the design and development of strategies and programs for the Baltic Sea Region as important instruments for setting priorities, while also maintaining the necessity to coordinate the strategies with the Northern Dimension policy;
- E. stressing that the present economic downturn must not be taken as an excuse for lowering environmental goals, cutting environmental resources or delaying timetables for environmental plans and projects;

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

Regarding Co-operation in the Region, to

1. define and pursue a common political agenda for the Baltic Sea Region, e.g. by devising a joint understanding of governance, leadership and division of labour among the leading regional and sub-regional actors in the Region, and by enhancing coordination between them;
2. proceed with strong and sustained measures to fulfill the overall environmental goals and objectives of the HELCOM BSAP, and to assure that the obligations to produce national action plans to the HELCOM Ministerial meeting in Moscow in May 2010, as well as to implement them prudently, are honored;

3. ensure a close linkage between the forthcoming strategies and programs for the Baltic Sea Region and the HELCOM BSAP;
4. take concrete steps to ensure that strategies and programs for the Baltic Sea Region, such as the emerging so-called EU Strategy for the Baltic Sea Region, are closely attuned to and coordinated with the Northern Dimension, in order to secure a mutual cooperation on an equal basis between Russia, Iceland, Norway and EU, and to incorporate the interests of the non-EU Baltic Sea Regions states in the strategies;
5. Support the abilities to develop bankable projects for the implementation of the HELCOM Baltic Sea Action Plan, involving the financial support to the project development fund managed by Nordic Investment Bank (NiB) and Nordic Environment Finance Corporation (NEFCO);
6. ensure that citizens are kept informed and involved in the planning and implementation of strategies and projects that influence the development of the Baltic Sea Region; NGO´s play an invaluable role both as opinion-makers and independent experts, and their views, warnings and advice should be taken seriously;
7. take concerted and solidaric measures to deal with the causes and consequences of the current economic recession; a mutually supportive and successful regional approach would also contribute to the positive branding of the Baltic Sea Region and to the credibility and usefulness of regional cooperation;

Regarding Maritime Safety and Security in the Region, to

8. encourage active cooperation within the International Maritime Organization(IMO) on the development of relevant measures to reduce the environmental impacts of shipping in the Baltic Sea, recognizing that IMO rules and regulations are the basis for maritime development of any region, and that the regulations should be developed according to current challenges;
9. promote continuous initiatives, support and concrete measures within the field of Maritime Safety, such as increasing the use of pilots in narrow and difficult international shipping lanes, and enhancing the joint preparedness to tackle spills of oil and hazardous substances;
10. promote and support concrete projects to implement maritime spatial planning in the Baltic Sea Region, encouraging cross-sectoral and transnational coordination of resources, and thereby holding up the Baltic Sea Region as a model region;
11. support the BSSSC Five Point Action Plan "Clean Baltic Shipping", aimed at, i.a., reducing nitrogen and sulphur oxides emissions in ports by using shore-to-ship power supply, minimizing sewage discharge from ships, reducing the environmental load from cruise shipping, encouraging sustainable port management, and stimulating research and development of green and clean maritime technologies;
12. support the designation of the Black Sea, the Mediterranean Sea, the North-East Atlantic and the Irish Sea as Sulphur Emission Control Areas (SECA), as is already the case with the Channel, the North Sea and the Baltic Sea, provided the criteria for such a designation are fulfilled;
13. consolidate and further develop the progress made within the fields of maritime safety and ship traffic monitoring, on the one hand with a view to improving monitoring and separation of the growing maritime traffic, especially in connection with hazardous

cargo and severe winter conditions, and on the other hand with a view to monitoring the Baltic Sea for the purpose of environmental protection, fishing and combating crime;

14. join and support the Surveillance Cooperation Baltic Sea (SUCBAS) with the purpose of improving maritime situational awareness across the entire Baltic Sea and approaches in support of maritime safety, maritime security, protection of the environment and countering illegal activities in the maritime environment;

15. contribute to the efforts of the Baltic Sea Region Harmonisation Working Group on Vessel Traffic Services (VTS) and Ship Reporting Systems (SRS) established to harmonise and integrate VTS and SRS operation to ensure that all systems assist safe navigation of ships in an optimised and uniform manner;

16. join and support the initiatives under the Single Hull Tanker and Banned Vessel monitoring project, developed jointly by HELCOM and the European Maritime Safety Agency, for the purpose of further improving maritime safety and supporting the Port State Control authorities with the aim to eliminate the operation of sub-standard ships in the Baltic, and ensure that the maritime transport operates in a safe, secure and environmentally friendly way;

Regarding Civil Security in the Region, to

17. enhance cooperation and coordination on civil security issues in general, in order to foster a joint and comprehensive understanding of the risks and threats facing the Baltic Sea Region, as well as strategies and measures to counter them;

18. step up strategic and operational cooperation between law enforcement authorities and other relevant actors in order to strengthen the joint capacity to identify, monitor and take forceful action against organized cross-border crime, such as trafficking in human beings, drug trafficking, illicit trade, corruption, money laundering, illegal migration, illegal labour, hate crimes, and others;

19. intensify cooperation against trafficking in human beings, placing emphasis on, i.a., preventive measures, protection and support – by means of e.g. safehouses – for victims and people at risk, as well as strategies and measures against the root causes of trafficking;

20. improve and coordinate data collection concerning the scale of the problems of trafficking in human beings in order to provide a realistic basis for the development of adequate measures to fight the problem;

21. carry out the adoption, implementation and coordination of proper legislation – in accordance with relevant UN and Council of Europe protocols and conventions of which they are parties – against trafficking in human beings, which targets all forms of exploitation and includes measures to assist victims;

22. strengthen cooperation on crisis management and civil protection against natural, technological and man-made risks and emergencies, e.g. by coordinating planning, prevention and resources, and by streamlining existing arrangements within a comprehensive region-wide framework;

23. take concerted action to reinforce IT security by analyzing, detecting and managing cyber crimes, and by launching defensive and protective measures against the disruption of critical infrastructure systems;

Regarding Climate Change and Energy Issues in the Region, to

24. actively work for a new international climate agreement, addressing all relevant climate change risk factors in accordance with their impact;
25. develop a coherent energy strategy for the Baltic Sea Region, in order to enhance security of energy supply, increase the use of renewable energy, and strengthen interconnection between countries, for instance by interconnected transmission lines that will gradually develop into a smart grid between the countries and the off-shore windmill parks;
26. launch action plans for the propagation of Combined Heat and Power (CHP) and for building renovation and housing innovation, for the purpose of improving energy efficiency and energy-saving;
27. use the present economic crisis as an opportunity to promote qualitative growth in the Baltic Sea Region, for instance by directing financial packages, investment plans and subsidies, as well as international financial resources, towards renewable energy production, energy efficiency investments, CHP, efficient district heating systems and interconnecting the electricity grid;
28. establish a common regional training programme to strengthen the joint capacities in energy planning, for instance by developing the exchange of experiences and promoting best practices among officials at local and national level;

Regarding Labour Market and Social Affairs, to

29. make systematic and coordinated efforts to identify barriers to the development of cross-border labour markets and mobility, in accordance with the political recommendations in the final report of the BSPC Working Group on Labour Market and Social Welfare, and to carry out practical measures to dismantle and prevent such barriers;
30. make labour market and social welfare issues a priority task on the agenda of the CBSS, taking into account the work and results of the Baltic Sea Labour Network (BSLN);
31. strengthen the existing information centres in the Baltic Sea Region and to establish new centres in locations where the number of cross-border commuting is growing but where centres do not exist; the information centres should have the capacity and mandate to provide comprehensive and official information on social security, employment legislation and tax legislation in all the languages spoken on both sides of the border, including, where applicable, minority languages;
32. foster regular dialogue between associations representing cross-border workers, trade unions, employers and political decision-makers, and strengthen cooperation regarding cross-border labour markets via the establishment of councils for border regions and the development of networks; likewise, an exchange of experience should be organised regarding the work of the information centres throughout the Baltic Sea Region;
33. enhance transport and logistic capacities in border regions, especially as regards public transport, in order to facilitate cross-border commuting and to promote economic growth; efforts undertaken should be compatible with the overall objectives of the Northern Dimension Partnership on Transport and Logistics;

34. take concerted action to exchange and implement best practices regarding training and employment of young people in the Baltic Sea Region, including cooperative activities between schools, social partners, public authorities and civil society, and paying special attention to disadvantaged groups;

35. begin giving pupils an introduction to the world of work two years before they leave secondary school, propose agreements between governments and the social partners to ensure sufficient training places are created, and ensure that, in the case of youth unemployment, the employment agencies offer integration plans and, after three months of unemployment at the latest, further training, the opportunity to gain additional qualifications, training places or jobs;

Furthermore the Conference

36. confirms its support to the CBSS in its transformation towards a more focussed and target-oriented organization, and in realizing the political and operational priorities of the CBSS, hence looks forward to ongoing cooperation with CBSS;

37. agrees – concerning the year 2009-2010 – that the Enlarged Standing Committee should convene twice a year and the Standing Committee convene twice a year with the Standing Committee open for observers from national and regional parliaments that are not represented in the Standing Committee;

38. asks the Standing Committee to establish a Working Group on Integrated Maritime Policy, especially infrastructure and logistics, and a Working Group on Civil Security, especially trafficking in human beings, to submit reports to the 20th BSPC;

41. adopts the amended Rules of Procedure, to take effect after the closure of 18th BSPC;

42. welcomes with gratitude the kind offer of the Åland Islands to host the 19th Baltic Sea Parliamentary Conference in Mariehamn on 29 – 31 August 2010.

*Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Estonia, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanseatic City of Hamburg, Latvia, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, Nordic Council.